



## Urban (IG Metall-Vorstand) warnt vor „politischer Insolvenz“ des Sozialstaates

Frankfurt, den 26. November 2009: Die IG Metall hat vor einem drohenden Funktionsverlust des Sozialstaates gewarnt. „Wenn der Koalitionsvertrag das Drehbuch für die Politik der kommenden Jahre ist, dann droht dem Sozialstaat die politische Insolvenz“, kritisierte Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall anlässlich einer sozialpolitischen Tagung in Frankfurt. Der Weg aus der Krise führe nicht über ökonomisch zweifelhafte Steuergeschenke, sondern über eine aktive Anti-Krisenpolitik, zu der auch eine nachhaltige Sozialpolitik gehöre, betonte Urban. „Nur ein aktiver Sozialstaat kann die Verarmung vieler Menschen verhindern, die wirtschaftliche Nachfrage stützen und die soziale Stabilität erhalten.“ Das könne angesichts der krisenbedingten Haushaltslöcher und drohender Defizite in den Sozialkassen nur mit einer Reformpolitik gelingen, in deren Zentrum der Neuaufbau der Sozialsysteme und ihrer Finanzierung stehe, sagte Urban.

Gerade in der Wirtschaftskrise habe der Sozialstaat seine Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt und sich bewährt. So hätte beispielsweise das Instrument Kurzarbeit bisher hunderttausendfach Arbeitsplätze gesichert und einen befürchteten, dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert. Deshalb begrüße die IG Metall zwar die Verlängerung der Regelungen zur Kurzarbeit und den beabsichtigten Steuerzuschuss für die Arbeitslosen- und für die Krankenversicherung. Anstatt aber die Ursachen für die Finanzierungsprobleme der Sozialkassen anzugehen, mache sich die Bundesregierung jedoch der „politischen Unterlassung“ schuldig, erklärte der Gewerkschafter.

„Die politischen Signale aus Berlin weisen in die falsche Richtung. In der Rentenpolitik hat die neue Regierung mit Rente 67, sinkendem Leistungsniveau und steigender Altersarmut ein fatales „Weiter-so“ anzubieten.“ Ähnlich kritisch sehe es auch in der Arbeitsmarktpolitik aus. Die Hartz-Gesetze würden fortgeschrieben, anstatt den Kurs zu ändern. Urban kritisierte dabei die Pläne, Ein-Euro-Jobs auf Bezieher von Arbeitslosengeld I auszuweiten. „Bei der gesetzlichen Krankenversicherung will sich die Regierung sogar endgültig vom Solidarprinzip verabschieden.“ Mit der vorgesehenen Kopfpauschale und dem Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge würden die wachsenden Kosten im Gesundheitswesen einseitig den Versicherten aufgebürdet, kritisierte Urban.